

Schlämme kommt, solle dichter werden und mineralisch sein, also auch aus Ton oder Lehm bestehen. „Nach der aktuellen Planung wird mehr Wasser versickern als es eigentlich müßte“, wird Hans-Dieter Barth zitiert. Mit den Folgen, daß wohl über Jahrzehnte das eindringende Wasser gefaßt und gereinigt werden müsse. Dabei sei eine

möglichst trockene Verwahrung der Schlämme das erklärte Ursprungsziel der Sanierung gewesen, erinnert der Umweltkreis.

In Culmitzsch lagern 85 Millionen Kubikmeter giftige Schlämme, deren radioaktives Langzeitpotenzial der Umweltkreis mit dem niedersächsischen Atommülllager Asse

vergleicht. Es entstehe Deutschlands größte radioaktive Deponie – im Abstand von lediglich 200 Metern zum nächsten Dorf. „Die Menschen der Region müssen damit leben und das für die nächsten Jahrhunderte“, betonte Hans-Dieter Barth.

Man habe jetzt schon eine Riesendeponie, es komme ja

nichts mehr hinzu, heißt es in einem Kommentar zu Schmidtkes Beitrag in der OTZ. Die Anwohner würden es nicht anders kennen und die Wismut mache „Sanierung“. Daher finde es wohl dort auch niemand merkwürdig, neben einem Endlager zu wohnen. ●

Atommüll

Die Entsorgung des radioaktiven Abfalls aus der Urananreicherungsanlage Gronau ist ungeklärt

Die Urananreicherungsanlage in Gronau produziert große Mengen abgereichertes Uran, über deren abschließende Entsorgung bisher nicht entschieden wurde. Ein Konzept zur Endlagerung existiert nicht und Vorsorgemaßnahmen zur Entsorgung sind bisher nicht erkennbar. Dabei fallen bei voller Produktionsauslastung in Gronau jährlich mehrere Tausend Tonnen abgereichertes Uranhexafluorid an und vergrößern so den Atommüllberg der Bundesrepublik Deutschland. Darauf wies die Bundestagsfraktion Die Linke zuletzt in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung hin (Bundestagsdrucksache 17/14061).

Die Bundesregierung hatte in

ihrer Antwort auf eine vorhergehende Kleine Anfrage zur Lagerung von Uran in Gronau mitgeteilt, daß der „atomrechtlichen Aufsichtsbehörde jährlich ein Verbleibsnachweis von Tails für sechs Jahre im Voraus vorzulegen ist. Die Prüfung dieses Verbleibsnachweises durch die atomrechtliche Aufsichtsbehörde beinhaltet auch die Frage der Verwertung oder Entsorgung des abgereicherten Urans“.

Die Bundesregierung hatte ferner mitgeteilt, daß es derzeit für eine Endlagerung des in Gronau anfallenden abgereicherten Urans im Falle einer Nichtverwertung keine Endlagermöglichkeiten gibt. Im Schacht Konrad könne eine Lagerung nicht erfolgen,

weil dieses Atommülllager „für die in Rede stehende Menge von abgereichertem Uran nicht ausgelegt“ sei. Und es sei auch noch nicht entschieden worden, inwieweit „im Rahmen einer Eventualplanung diese Stoffe in einem nationalen Entsorgungsprogramm gemäß EU Richtlinie 2011/70/EURATOM aufgenommen werden sollten“. Zur Stilllegung der Urananreicherungsanlage und zur Entsorgung des angefallenen Atommülls teilte die Bundesregierung mit, daß der Gemeinsame Ausschuß über die URENCO „bei potentiellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Firma rechtzeitig über notwendige Maßnahmen berät“. Außerdem wurde mitgeteilt: „Für die Stilllegung und Entsorgung wurden und werden Rückstellungen gebildet. Dies ist auch bei einer sich ändernden Konzernstruktur zwingend.“

Auf erneute Nachfrage teilte die Bundesregierung nun mit

(Bundestagsdrucksache 17/14341 vom 8. Juli 2013), Sie könne keine Auskunft darüber geben, ob in dem geplanten Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle auch andere Arten von radioaktiven Abfällen eingelagert werden können. Dies hänge von der gewählten Endlagerform ab, erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort an die Fraktion Die Linke. Hinsichtlich des abgereicherten Urans führt die Regierung weiter aus, daß dieses als radioaktiver Abfall im Nationalen Entsorgungsprogramm berücksichtigt werden solle, falls es nicht schadlos verwendet werden könne. Auf Fragen zu den zu erwartenden Mengen an Atomabfällen aus der Anlage in Gronau reagierte die Bundesregierung abwehrend, hinhaltend und ausweichend.

Bundestagsdrucksache 17/14341 vom 08.07.2013,
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/143/1714341.pdf> ●

Atommüll

Die großen Umweltverbände Greenpeace, BUND und Robin Wood nehmen nicht an der Kommission zur Vorbereitung der Endlagersuche teil

Einige Umweltverbände fordern noch mehr Bedenkzeit im Endlager-Suchprozess

Einige Umweltverbände benötigen eine längere Bedenkzeit für die Entscheidung, an

der „Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ teilzunehmen oder nicht. Das

meldete der Deutsche Naturschutzring (DNR) am 16. August 2013 an den Deutschen Bundestag.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Robin Wood und Greenpeace hatten zuvor bereits beschlossen, an der Kommission nicht teilzunehmen, wird in einer gemeinsamen Presseerklärung der Umweltverbände vom 19. August 2013 mitgeteilt. „Nach diesem Start haben wir kein Vertrauen in die Kommission“, begründet der Leiter

des Greenpeace-Energiebereiches Thomas Breuer diesen Schritt. „Das Vorgehen der Bundesregierung widerspricht unserem Verständnis einer ernst gemeinten ergebnisoffenen und transparenten Suche nach einem Endlager“, sagt auch BUND-Geschäftsführer Olaf Bandt.

Bürger und Verbände seien viel zu spät und in viel zu geringem Umfang in den bisherigen Prozeß eingebunden worden. Greenpeace, BUND und Robin Wood werden die

Arbeit der Kommission von außen aktiv begleiten. „Von einem Neuanfang bei der Endlagersuche kann keine Rede sein. Noch immer werden große Mengen Atommüll bei der Endlagersuche einfach ignoriert“, beklagt der Energiereferent von Robin Wood Dirk Seifert. „Wer das Atommüllproblem wirklich angehen will, muß endlich auch über das ganze Atommüldesaster sprechen.“

In der von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) geplanten Kommission sollen zwei von insgesamt 33 Plätzen mit Vertretern aus Natur- und Umweltschutzorganisationen besetzt werden. Die übrigen Sitze sollen an Politiker, Wissenschaftler, Kirchen-, Gewerkschafts- und Industrievertreter gehen. Ursula Heinen-Esser, bisher Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, soll die Kommission nun dem Vernehmen nach leiten, nachdem andere Kandidaten wie der frühere Bundesumweltminister und ehemalige Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen Klaus Töpfer (CDU) sowie der frühere RWE-Manager, Ex-Wirtschaftsminister und jetzige Vorsitzende der RAG-Stiftung zur Abwicklung des subventionierten deutschen Steinkohlebergbaus Werner Müller abgewinkt hatten. Die CDU-Politikerin sei hervorragend in der Lage, Kompromisse herbeizuführen und zu moderieren, lobten Ute Voigt (SPD) und Sylvia Kotting-Uhl (Grüne) übereinstimmend.

Die Umweltverbände kritisieren, dass die Politik zentrale Voraussetzungen für einen ehrlichen Neustart einfach ignoriert hat. So sieht die Bürgerinitiative (BI) Lüchow-Dannenberg einen Kardinalfehler darin, dass der geologisch ungeeignete Standort Gorleben im Suchverfahren nicht ausgeschlossen wurde.

„Gorleben wird durch das neue Gesetz im nachhinein

sogar legitimiert“, warnt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Auch haben Bundestag und Bundesrat keine Mindestanzahl an zu erkundenden Standorten über den Salzstock Gorleben hinaus in das Gesetz aufgenommen.

„Nachdem einige Verbände für sich entschieden haben, nicht in die Atommüll-Kommission zu gehen, stellt sich die Frage, was dies für uns bedeutet“, erklärte der Sprecher der Anti-Atom-Organisation ‚ausgestrahlt Jochen Stay. „Wir wollen das nicht alleine entscheiden, sondern werden die örtlichen Anti-Atom-Initiativen befragen, was aus ihrer Sicht sinnvoll ist. Die Parteien reden von Transparenz und Partizipation in der Atommüll-Frage und praktizieren das Gegenteil. Wir wollen zeigen, daß dies keine hohlen Begriffe sind.“

Dem Vernehmen nach möchte dagegen die Deutsche Umwelthilfe (DUH) gern in der Kommission vertreten sein, sieht sich jedoch der Kritik durch die anderen Verbände ausgesetzt.

Der BUND hatte seinen ablehnenden Beschluß damit begründet, daß die Arbeit der Kommission wie sie jetzt im Endlagersuchgesetz definiert wurde, keine ausreichenden Möglichkeiten bietet, den geforderten breiten gesellschaftlichen Dialog über die Kriterien und die Vorgehensweise zur Standortsuche durchzuführen. Obwohl es zahlreiche fachliche und politische Gründe gebe den Standort Gorleben von vornherein aus der weiteren Endlagersuche auszuschließen, sei dieser Standort bewußt und gezielt in das weitere Verfahren aufgenommen worden. Alle Rufe danach, daß Bürger transparent und aktiv bei solch umweltrelevanten Vorhaben beteiligt und gegebenenfalls bei Entscheidungen über Volksentscheide einbezogen werden sollten, seien verhallt. Im Gegenteil straffe das Gesetz die

Entscheidungswege. Es ermögliche Enteignungen und minimiere die juristische Einspruchsmöglichkeit der Bürger, indem behördliche Entscheidungen durch Parlamentsbeschlüsse ersetzt werden. Nur einmal werde nach der unterirdischen Erkundung die Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht zugelassen. Ansonsten bleibe nur der aufwendige Weg nach Karlsruhe.

Am 31. August 2013 trafen sich Bürgerinitiativen von Atommüllstandorten, unabhängige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie in diesem Bereich arbeitende Organisationen in Kassel zu ihrer 3. Atommüllkonferenz. Nach Auffassung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollten die für Umweltverbände vorgesehenen Plätze in der Endlager-Kommission nicht besetzt werden. Der Konferenz lag eine 272seitige Bestandsaufnahme vor, wo und wie derzeit Atommüll an Standorten in ganz Deutschlands lagert. Der Bericht soll Mitte September veröffentlicht werden und dann Grundlage einer weiteren offensiven Auseinandersetzung über den Umgang mit Atommüll sein.

Im Wortlaut erklärten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Atommüllkonferenz: „Das Standortauswahlgesetz, wie auch die in dem Gesetz fixierte Besetzung der ‚Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe‘ und ihre mangelnde Kompetenz im weiteren Prozess schließen es aus, dass die Bundesrepublik Deutschland über diesen Weg der Klärung des langfristigen Umgangs mit dem Atommüll näher kommt. Sie dient im Gegenteil dazu, den Standort Gorleben nachträglich zu legitimieren. Deshalb besteht unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Konsens, dass die beiden für die Umweltbewegung vorgesehenen Plätze in der Kommission nicht besetzt werden sollen.

Eine Mehrheit der Teilnehmenden spricht sich dafür aus, auch dann keinen Sitz in der Kommission zu besetzen, wenn es zu einer Nominierung aus anderen Teilen der Umweltbewegung kommt. Mit der umfangreichen ‚Bestandsaufnahme Atommüll‘ zeigt die Konferenz das ganze Desaster im Umgang mit dem schwach-, mittel- und hochradioaktiven Atommüll auf. Ein wirklich offener, gesellschaftlicher Entscheidungsprozess muss alle Arten von Atommüll und alle Beteiligten und Betroffenen einbeziehen.“

Gratulation

Prof. Dr. med. Horst Kuni 75

Die Anwender neuer Techniken neigen dazu, schädliche Nebenwirkungen ihrer Tätigkeit zu unterschätzen und zu ignorieren. Der große Einfluss der Atomlobby auf die offiziell vertretenen Strahlenschutzkriterien trägt bis heute dazu bei, dass Ärzte den Bedenken bezüglich übermäßiger Strahlenbelastungen in der Diagnostik verständnislos gegenüberstehen. Horst Kuni war jedoch nie ein gläubiger Jünger des Mainstreams. Die Nuklearmedizin, also die Anwendung radioaktiver Isotope in Diagnostik und Therapie, der er sich in den 1960er Jahren zuwandte, stand damals erst ganz am Anfang ihrer heutigen Bedeutung. Als Doktorand, Facharzt und Hochschullehrer am Universitätsklinikum Marburg wirkte er an der Entwicklung und Etablierung dieser radiologischen Disziplin mit, befasste sich aber ebenfalls eigenständig mit den Strahleneffekten im Gewebe bei Inkorporation radioaktiver Stoffe sowie der Folgenabschätzung für exponierte Patienten, Arbeitnehmer und Bevölkerungen.